



Hartfrid Wolff

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75217

FAX (030) 227 – 76217

✉ hartfrid.wolff@bundestag.de

Homepage: www.hartfrid-wolff.de

Pressemitteilung

Berlin, 14.12.2007

Wolff: Waffenrecht-Verschärfung bringt nicht mehr Sicherheit

In der gestrigen Debatte des Deutschen Bundestages zum Antrag der Grünen, das Waffenrecht zu verschärfen, erklärte der Innenexperte der FDP-Bundestagsfraktion Hartfrid Wolff:

Das geltende deutsche Waffenrecht zählt zu den strengsten der Welt. Wenn sich die Frage stellt, ob das bisherige Waffengesetz überhaupt geändert werden muß, dann läßt sich ein triftiger Grund hierfür nach Meinung der FDP primär darin finden, daß das geltende Waffenrecht vereinfacht und verständlicher werden muß.

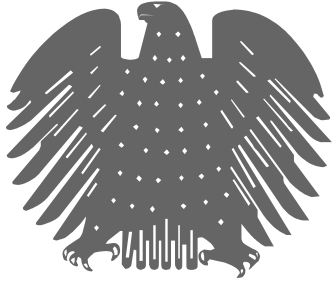
Daran hat sich leider durch die letzte Waffenrechtsreform der rot-grünen Koalition nichts geändert. Im Gegenteil: von Vereinfachung, Rücknahme der Regelungsdichte, Übersichtlichkeit und Lesbarkeit konnte keine Rede sein. Darüber hinaus war der ursprüngliche Inhalt des Gesetzentwurfs eindeutig gegen die berechtigten Interessen der legalen Waffenbesitzer, insbesondere der Jäger, der Sportschützen und der Sammler antiquarischer Waffen gerichtet. Diese Gruppen sollten mit einem Übermaß an Bürokratie überzogen werden, ohne daß dadurch irgendein nennenswerter Zugewinn für die innere Sicherheit erzielt worden wäre. Leider knüpfen die Grünen mit ihrem vorliegenden Antrag in mancher Hinsicht an diese unerfreuliche Tradition an.

Um es klar zu sagen: die FDP ist bereit, ernsthaft darüber zu reden, wenn es darum geht, die Sicherheit der Bürger tatsächlich zu verbessern. Gewaltkriminalität muß wirksam begegnet werden. Auf die Kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung mitgeteilt, daß nur zwei bis drei Prozent aller im Zusammenhang mit Straftaten sichergestellten Schußwaffen aus legalem Besitz stammen.

Das führt die Aussage der Grünen ad absurdum, daß die Verschärfung des Waffenrechts erheblich zu einer Stärkung der öffentlichen Sicherheit beitrage. Wenn 97 oder 98 Prozent der Schußwaffen-Straftaten bereits am Waffengesetz vorbei begangen werden, ist das Herumdoktern am Waffengesetz Aktionismus, eine reine Alibi-Handlung.

Um die Sicherheit kann es den Grünen also nicht gehen. Problemlösungen im Bereich der Kriminalität müssen deshalb nicht primär das Waffenrecht, sondern den Zusammenhang von Straftat und Strafe und das vernachlässigte Feld der Kriminalprävention in Blick nehmen.

Stattdessen enthält der Antrag der Grünen ein Sammelsurium von bürokratieverliebten Forderungen, die an der Praxis vorbeilaufen. Die geforderte Verlängerung für Aufbewahrungsfristen für Waffenbücher oder eine extrem weitgehende Buchführungs- und Kennzeichnungspflicht ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Bürokraten. Ein



Hartfrid Wolff

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

☎ (030) 227 – 75217

📠 (030) 227 – 76217

✉ hartfrid.wolff@bundestag.de

Homepage: www.hartfrid-wolff.de

Pressemitteilung

Sicherheitsgewinn ist nicht zu erwarten. Forderungen wie "Konzepte zu entwickeln" wie Waffenverbote durchgesetzt werden können, sind banal und wohlfeil. Einen konkreten Vorschlag bleiben die Grünen schuldig.

Und die Grünen-Forderung nach einer "wirksamen Verbotsregelung", die "verbesserte Eingriffsmöglichkeiten gegen öffentlich getragene Baseballschläger...Motorradketten und andere gefährliche Gegenstände" schafft, wirft schon Fragen auf: Soll eine legitime Tätigkeit, wie etwa das Baseballspiel oder das Motorradfahren verboten oder mit einem unerträglichen Bürokratiewust überzogen werden, um Straftäter von der mißbräuchlichen Verwendung etwa von Motorradketten abzuhalten? Und ist damit zu rechnen, daß dies durch ein Verbot gelingt?

Ein großer Teil aller Gewaltstraftaten werden zuhause mit Küchenmessern begangen. Doch wer glaubt ernsthaft, daß ein Verbot des Küchenmessers seinen Mißbrauch eindämmen oder die Küchenarbeit friedvoller gestalten kann?

Soll SPD-Fraktionsvorsitzender Struck nach einer Motorradtour immer die Motorradkette herunternehmen, sie nachts in einem Panzerschrank beim Schützenverein aufbewahren, nachträglich jedes Kettenglied kennzeichnen und über den Ersatz eines jeden Kettengliedes Buch führen?

Es muß doch klar sein, daß es nicht darum gehen kann, Alltagsgegenstände allesamt zu verbieten, nur weil sie – falsch eingesetzt – gefährlich mißbraucht werden können. Es ist offensichtlich absolut absurd, durch weiterreichende Verbotskataloge oder Bürokratismen einen real feststellbaren Zugewinn an Sicherheit zu erhoffen. Den Grünen geht es, wenn Sie Begriffe wie "verfehlt männliche Machokultur" nutzen oder von der "Entwaffnung gerade von jungen Männern" sprechen, schlicht um Klientelpflege. Einen grünen Pranger für legale Waffenbesitzer, für Jäger, Sportschützen und Sammler lehnt die FDP eindeutig ab.

Die FDP erwartet von der Bundesregierung umgehend ein plausibles Konzept, wie sie den unübersichtlichen Wust des deutschen Waffenrechts klären will. Die Antwort auf zunehmende Gewaltkriminalität, die der Rechtsstaat geben muß, muß weit über eine waffenrechtliche Problemstellung hinausgehen. Sie hat sowohl mit dem Kausalen und auch temporären Zusammenhang von Straftat und Strafe, vor allem aber auch mit dem umfassenden und von der Bundesregierung sträflich vernachlässigten Feld der Kriminalprävention zu tun. In diesem Sinne wird die FDP die weiteren Beratungen der bevorstehenden Gesetzgebungsvorhaben zum Waffenrecht genau beobachten und kritisch begleiten.